

Stellungnahme zum Bildungsgipfel am 19.01.2023

Das positivste Ergebnis des Bildungsgipfels vom 19.01.2023 bestand darin, dass dieser überhaupt stattgefunden hat. Nun kann man bereits darüber geteilter Meinung sein, denn muss erst der Ministerpräsident selbst eine solche Veranstaltung einberufen, obwohl sowohl der Bildungsministerin des Landes als auch der Landesregierung die dramatische Situation in den Schulen durchaus bekannt sein müsste. Schließlich sind die gravierenden Probleme im Bildungswesen nicht neu, sondern das Ergebnis eines sich über viele Jahre hinziehenden Prozesses der Nichtachtung und Nichtbeachtung der Bildungspolitik in Sachsen-Anhalt. Zu Beginn des Jahres 2023 gradiert man nun die Personalangelegenheit zur Chefsache.

Der SLV begrüßt und unterstützt zunächst die Ausweitung der universitären Ausbildung von Lehrer*innen an den Standort in Magdeburg, sowie erste Überlegungen der Reformierung der Lehrerausbildung. Zeitgleich sind die zuletzt bekanntgewordenen Bestrebungen, Lehramtsstudiengänge an der Martin-Luther-Universität in Halle systematisch zu dezimieren oder gar ganz zu eliminieren, damit nicht zu legitimieren.

Den Schulen in Bezug auf die Einstellung von Personal mehr Verantwortung einräumen zu wollen, bildet einen durchaus interessanten Ansatz. Aber: Der SLV spricht sich klar gegen die Mehrarbeit für die Lehrerinnen und Lehrern in Sachsen – Anhalt aus. Die Erhöhung der Pflichtstundenzahl um eine Unterrichtsstunde stellt den vollständig falschen Ansatzpunkt dar. Im Bereich der Sekundarschulen besteht die bisherige Unterrichtsverpflichtung von 25 Stunden pro Woche. Der von der Landesregierung schon seit mehreren Jahren eingeführte sogenannte Flexieerlass ermöglicht je nach Bedarf der einzelnen Schule den Einsatz der Lehrkräfte um plus bzw. minus vier Stunden pro Woche. Bei der momentanen Personalnot an den Schulen wird wohl keine Lehrerkraft dabei mit Minusstunden belegt werden, ganz im Gegenteil. Bei voller Ausschöpfung der Unterrichtsstunden durch diesen Erlass könnte also jede Lehrkraft bereits jetzt schon 29 Stunden Unterricht pro Woche erteilen. Plus die Erhöhung um eine weitere Unterrichtsstunde wären damit sogar 30 Wochenstunden möglich.

Sollen es die Übriggebliebenen doch richten! Schon vor mehreren Jahren hat man die Altersermäßigung von zwei Unterrichtsstunden für Lehrkräfte ab dem 60. Lebensjahr gestrichen und weiter nach hinten verlegt. Das Ergebnis dieser total falschen Personalpolitik führte dann dazu, dass eine Vielzahl von Lehrkräften mit dem 63 Lebensjahr aus dem Schuldienst ausgeschieden sind, der Krankenstand unter der Lehrerschaft ständig überhöht war und weiter ist und insbesondere nach der Corona-Pandemie eine große Anzahl der Lehrerschaft nun völlig „ausbrennt“. Inwieweit diese Stundenerhöhung überhaupt realisier- und zumutbar ist, müsste noch juristisch geprüft werden.

Fazit: Trotz durchaus interessanter neuer bildungspolitischer Ansätze und Gedanken hat der Bildungsgipfel leider nur sehr kurz gegriffen und am Ende die Situation des dramatischen Lehrermangels erneut auf dem Rücken der Lehrer*innen ausgetragen. Die Erhöhung der Pflichtstunden lehnen wir kategorisch ab und fordern das Bildungsministerium auf, sich häufiger und intensiver mit den Lehrenden im Schulalltag zu verständigen und die bereits vorhandenen Mittel der entsprechenden Erlasslagen auszuschöpfen. Die Attraktivität des Lehrerberufs hat erneut stark gelitten.

Dietmar Frühauf
stellv. Landesvorsitzender

